Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
2.70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2.30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 18 | Halver, Dienstag, den 22. November | 1949

Englische Krediterleichterung für westdeutschen Handel

Die zehnjährige Sperre durch die Bank von England aufgehoben

Sonderbericht

rs. London, 22. November.

Die Bank von England hat eine bemerkenswerte Eröffnung gemacht, die wesentlich dazu beitragen wird, das System des deutschen Außenhandels zu normalisieren. Die Bank von England hat die führenden englischen Banken davon unterrichtet, daß nach mehr als zehnjähriger Unterbrechung keinerlei Einwände mehr gegen die Eröffnung langfristiger Kredite an die deutschen Außenhandelsbanken besteht. Es handelt sich hierbei um etwa 50 deutsche Institute, die von jetzt an wieder zur normalen Abwicklung ihrer Finanzgeschäfte mit England zugelassen werden. Es läßt sich noch nicht genau überblicken, ob bereits in unmittelbarer Zukunft auf dem Londoner Markt eine wesentlich größere Zahl deutscher Wechsel erscheinen wird. Dies hängt nicht zuletzt von der Entwicklung des deutsch-englischen Handels ab. Trotzdem ist aber der jetzt von der Bank von England vollzogene Schritt eine Maßnahme von größter grundsätzlicher Bedeutung, die die Wiedereinschaltung Deutschlands in den internationalen Geld- und Warenverkehr beschleunigen wird.

Amerikanische Industriebeteiligung

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 22. November.

Die von der sowjetischen Taß-Agentur gebrachte Meldung, wonach von amerikanischer Seite die Gründung einer amerikanisch-deutschen Kreditbank mit einem Grundkapital von 20 Mill. Dollar zur Kreditgewährung an deutsche Unternehmen vorgeschlagen sei, wird in hiesigen politischen Kreisen als unglaubwürdig bezeichnet. Man weist darauf hin, daß von amerikanischer Seite eine unmittelbare Beteiligung nicht beabsichtigt sei, als nicht die Frage der Valutierung der ehemaligen deutschen Dollarverpflichtungen erfolgt ist. Der Bericht der hiermit betrauten amerikanischen Banken-Kommission ist für die nächsten Tage zu erwarten. Wie wir weiter hierzu hören, ist die Frage einer amerikanischen Industriebeteiligung weder in den Besprechungen mit Außenminister Acheson noch mit dem Hohen Kommissar McCloy erörtert worden.

Schuman hat keinen leichten Stand

Von unserem Mitarbeiter

ds. Paris, 21. November

Am Dienstag findet in der Nationalversammlung die große außenpolitische Debatte statt. Außenminister Schuman dürfte keinen leichten Stand haben, wenn er im Parlament seine Deutschland-Politik darlegen wird. Die verschiedenen Parteien haben eine Reihe von Interpellationen zu dieser Frage eingebracht. Wenn gleich Außenminister Schuman mit seiner Deutschlandpolitik eine ganze Reihe von Trümpfen in Händen hält, die er zweifellos im geeigneten Augenblick ausspielen wird, wenn er mit Recht darauf hinweisen darf, daß auf der jüngst in Paris abgehaltenen Westmächte-Konferenz nicht nur von französischer, sondern auch von britischer und amerikanischer Seite Konzessionen gemacht wurden, so dürfte sich die Opposition die Gelegenheit nicht entgehen lassen, aus gewissen Äußerungen Dr. Schumachers und den gegen die Politik Dr. Adenauers gerichteten Angriffen Kapital zu schlagen.

Am Vorabend der großen außenpolitischen Haltung des Kabinettes zu den großen Fragen der Debatte fand am Montagabend im Elysee-Palast ein Ministerrat statt, in dem noch einmal die Außenpolitik geprüft wurde.

Zu einem Staatsbesuch wird Bundespräsident Heuß am 7. Dezember nach Wiesbaden kommen. Zum ersten Mal wird das von Amerikanern benutzte Kurhaus für eine deutsche Veranstaltung freigegeben.

Nachtgespräch bei McCloy

Telegramm

ni. Frankfurt, 22. November.

Bis drei Uhr nachts unterhielt sich der amerikanische Hohe Kommissar McCloy mit dem SPD-Vorsitzenden Dr. Schumacher, Erich Ollenhauer und Prof. Carlo Schmid über Fragen des Ruhrstatuts und der alliierten Sicherheitsbehörde. Ueber den Inhalt der Unterredung auf dem Wohnsitz des Hohen Kommissars in Bad Homburg wurde bisher nichts bekannt.

SED-Funktionär führte Flüchtlingskolonne

Gießener Flüchtlingsabordnung bei Lukaschek

dp. Gießen, 22. November.

Der Beauftragte des Bundesflüchtlingsministeriums in Gießen, Amtsgerichtsrat Kraus, behauptete, daß die Flüchtlingsgruppe aus dem Lager Gießen, die den Demonstrationszug nach Bonn unternahm, von einem SED-Mitglied angeführt worden sei. Der Anführer der Flüchtlingsgruppe, Walter Trost, soll nach Auskunft der Flüchtlingsbetreuungsstelle Ost in Hannover seit 1946 der SED in leitender Stellung angehört haben. Nach Ansicht der Lagerleitung Gießen habe Trost die Protestaktion in höherem Auftrag und zu rein propagandistischen Zwecken unternommen.

Zwangsweise nach hier abgeschoben

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 21. November.

Wie der Sprecher des Flüchtlingsministeriums auf Befragen zugeben mußte, liegen Anzeichen dafür vor, daß mehr und mehr alte Leute, Arbeitsunfähige und Kranke aus der Ostzone zwangsweise nach dem Westen abgeschoben werden. Der illegale Flüchtlingsstrom nach dem Westen kann kaum erfaßt werden, weil ein großer Teil sehr bald Unterkunft und auch Arbeit findet, wenn auch beides inoffiziell und ohne Papiere.

Eine Abordnung der am Sonntag in Bonn eingetroffenen Flüchtlinge, die im Flüchtlingslager bei Gießen abgewiesen worden waren, wurde am Montag von Bundesminister Lukaschek empfangen, der vorher das gesamte Flüchtlingsproblem mit Bundeskanzler Dr. Adenauer durchgesprochen hatte. Die beiden Abgesandten konnten die schwere Notlage, in der sich zahllose Flüchtlinge befinden, vortragen. Sie erkannten auch an, daß fast 50 Prozent der aus der Ostzone Kommenden Spitzel der KNWD und SMA seien. Die Abgesandten erklärten sich einverstanden, sofort zu einer neuen Ueberprüfung ihrer Verhältnisse durch die vom Bundesministerium eingesetzte Prüfungskommission nach Gießen zurückzukehren.

Wohnungsbau-Vorschläge der FDP

dp. Bonn, 21. November.

Die Bundestagsfraktion der FDP hat jetzt ihren bereits Ende Oktober angekündigten Antrag zur Förderung des Wohnungsbaues vorgelegt. Er enthält Vorschläge an die Bundesregierung und einen Gesetzentwurf über das Wohnungseigentum. Nach den Vorschlägen soll die Bank deutscher Länder eine Refinanzierungszusage für 500 Millionen DM beschaffen, um ausreichende Zwischenfinanzierungskredite für den Wohnungsbau zu geben. Für die Baustoffindustrie und die Bauwirtschaft sollen Investitions-Kredite bis zu 100 Mill. DM als zweite und dritte Hypothek gegeben werden. Auch Selbstbilfegenossenschaften der Heimatvertriebenen, Fliegergeschädigten und Heimkehrer, die durch Gemeinschaftsarbeit zusätzliche Wohnbauten schaffen wollen, sollen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die FDP verlangt ferner, daß die Zuzugssperre für Bauarbeiter sofort aufgehoben wird und ein besonderer Betrag aus dem Kreditfond für die Finanzierung für Bauarbeiterwohnungen bereitgestellt wird.

Kanalbau zwischen Donau und Schwarzmeer

Sowjetrußland drängt auf beschleunigte Fertigstellung

Sonderbericht

RS. Bukarest, 21. November.

Schon vor einem Jahrhundert entstand der Plan, den 340 km langen Umweg der Donau von Cernavoda nach Norden zum verschlungenen und weitverzweigten Delta abzukürzen. Alle Berechnungen ergaben immer das gleiche Bild: Die Baukosten konnten sich niemals rentieren. Was sollte auch aus Galatz werden, wenn der wichtigste Schiffsverkehr durch den Kanal ging? Sicher hätte auch ein volksdemokratisches Rumänien das finanzielle Risiko nicht auf sich genommen. Aber Rußland hat ein ungewöhnliches Interesse daran, mit seinen Ladungen von ungarischem und rumänischem Oel, von Maschinen und Textilien aus seinen Satelliten-Ländern an der Donau so schnell wie möglich ans Meer zu kommen. So leiten denn sowjetische Ingenieure und Monteure den Bau des Kanals mit aus Rußland herbeigeschafften Maschineen. 15 000 Menschen, unter ihnen Insassen von Anhaltelagern und Gefängnissen, bauen in rasender Eile Unterkünfte. Porta Alba, Tassaul und Novodari sollen wichtige Umschlagplätze am Donaudelta werden.

Italiens Kolonien werden selbständig

Telegramm unseres Mitarbeiters

hr. Lake Succes, 22. November.

Gestern Abend hat sich die Vollversammlung der UNO mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, daß Libyen und Somaliland, ersteres spätestens bis 1. Januar 1950, letzteres nach zehnjähriger Unterstellung unter italienische Treuhänderschaft, unabhängig werde.

Heimkehr bis Mai 1950

nf. Göttingen, 21. November.

Wie ehemalige Kriegsgefangene aus dem Uralgebiet, die am Wochenende in ihre Heimatorte entlassen wurden, in Göttingen berichteten, sei ihnen vor ihrem Abtranssport aus der Sowjetunion von amtlichen Stellen mitgeteilt worden, die Rückführung der restlichen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion werde nicht bis Jahresende, sondern erst bis zum Mai 1950 möglich sein. Bis zu diesem Termin würden die Frauen-Internierungslager, die alle im Uralgebiet lägen, aufgelöst werden. Zivilinternierte Rumäninnen und Ungarinnen, wie Frauen aus den baltischen Ländern müßten, wie weibliche entlassene Kriegsgefangene berichteten, auch nach dem Abtransport der deutschen Frauen in der Sowjetunion bleiben und unter den primitivsten Verhältnissen die Arbeit in den Kohlen-, Erz- und Urangruben fortsetzen.

Polens strategische Position

Rossokowski schafft einen Vorposten des Ostblocks

Sonderbericht

da. Basel, 22. November.

Während Polen bisher nur Etappe für die ostdeutsche Position der Russen war, soll es jetzt, wie der aus Polen ausgewiesene Vertreter der „Nationalzeitung", Birnbaum, seinem Blatt aus Stockholm berichtet, unter Leitung Rossokowskis zu einem militärischen Vorposten des Ostblocks werden. Die Nachrichten über die Befestigung der Oder-Neiße-Linie seien, wie er sich selbst durch Augenschein habe überzeugen können, ungenau. Nicht die Grenzlinie, sondern ganz Polen werde jetzt zu einer strategischen Position ersten Ranges für den Osten ausgebaut. Birnbaum erklärt weiter, daß ein aktiver Widerstand gegen die Anlehnung an Moskau in Polen heute praktisch nicht mehr vorhanden ist.

Verzichtslisten

nf. Walkenried, 22. November.

In den volkseigenen und staatlich kontrollierten Betrieben der Sowjetzone sollen nach den Berichten von Grenzgängern Listen umlaufen, in denen ostvertriebene Betriebsangehörige durch Unterschrift ihren „freiwilligen Verzicht" auf die deutschen Gebiete jenseits der Oder-Neiße für alle Zeiten bestätigen.

Mitteldeutscher Freiheitsbund

dm. Bonn, 21. November

Zur Gründung einer Ostzonen-Flüchtlingsorganisation des „Mitteldeutschen Freiheitsbundes" wurde von zuständiger Seite erklärt, daß sich diese Gründung von selbst ergeben habe und daß sie nicht von amtlicher Seite in Bonn angeregt zu werden brauchte. Es wurde darauf hingewiesen, daß die neue Organisation also keinerlei amtlichen Charakter trage, daß sie aber die Zustimmung der Bonner Amtskreise gefunden habe.

Warnung vor Studentenaustausch

Vor dem vereinbarten Ost-Westaustausch von Studenten aus Göttingen und Leipzig warnt das Westberliner „Montagsecho". Es erinnert an die Verhaftung des Leipziger Studentenausschußvorsitzenden Natonek vor einem Jahr, der wegen „Konspiration" mit dem imperialistischen Westen" zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und nach Sibirien transportiert wurde. Das müsse eine deutliche Warnung sein. Man solle nicht aber noch westdeutsche Studenten der Gefahr eines Verschwindens auf Nimmerwiedersehen aussetzen.

Immer noch zweierlei Maß?

In Hamburg findet ein reichlich verspäteter sogenannter „Generals-Prozeß" statt. Der Angeklagte war deutscher Soldat im Range eines Feldmarschalls. Ein gleiches Verfahren gegen zwei andere, ebenfalls aus englischer Kriegsgefangenschaft entlassene und in Untersuchungshaft überführte deutsche Militärs von höchsten Rängen wurde wegen schwerer Krankheit der „Betroffenen" niedergeschlagen; da jedoch Erich von Mansteins Gesundheitszustand besser ist als der Gerd von Rundstedts und des Generaloberst von Strauß (Rundstedt ist inzwischen gestorben) steht er jetzt in Hamburg vor einem britischen Gericht.

Einer der wesentlichsten Punkte der Anklage gegen von Manstein ist — genau wie in allen bisherigen Verfahren dieser Art — der Vorwurf, in seinem Befehlsbereich Geiselerschießungen bzw. Kollektivbestrafungen befohlen oder wenigstens geduldet zu haben. Als unsichtbarer Nebenkläger steht daher in Hamburg Sowjet-Rußland im Gerichtssaal, und es dürfte somit für die deutsche Oeffentlichkeit — und vielleicht auch für das britische Gericht — nicht uninteressant sein, wie die Sowjet-Union selbst über das Problem der Geiselerschießungen bzw. Kollektivbestrafungen denkt.

Am 1. Juni 1945 — genau einen Monat nach der Kapitulation Berlins — veröffentlichte die von Major Sokolow redigierte „Frontzeitung" der Roten Armee für die Berliner Bevölkerung die „Berliner Zeitung", einen von Dr. Werner, dem von den Russen eingesetzten „parteilosen" Marionetten-„Oberbürgermeister", unterzeichneten Aufruf „An die Bevölkerung der Stadt Berlin", in dem für einen einzigen gegen die Besatzungsmacht oder einen Träger öffentlicher Funktionen gerichteten Anschlag, auch wenn er keine Todesopfer zur Folge hat, der Tod von 50 unbeteiligten, unschuldigen und wehrlosen Menschen angekündigt wird.

„Jeder", so heißt es in dem Aufruf des Berliner Stadtoberhauptes vom 31. Mai 1945, „der einen Anschlag auf einen Angehörigen der Besatzungstruppen oder einen Träger öffentlicher Funktionen unternimmt oder aus politischer Feindschaft eine Brandstiftung verübt, reißt 50 (fünfzig) ehemalige Mitglieder der Nazipartei mit sich in den Abgrund. Ihr Leben ist zugleich mit dem Leben des Attentäters oder Brandstifters verwirkt."

Oberbürgermeister Dr. Werner verkündete dieses nicht aus eigener Machtvollkommenheit. Hinter ihm standen Größere, Mächtigere, die sich ja auch für die Publizierung ihres Geiselbefehls eines eigenen Publikationsorganes bedienten (denn die „Berliner Zeitung" ging erst am 19. Juni 1945 in deutsche Hände über; bis zu diesem Tage wurde sie von der Roten Armee herausgegeben und von einem sowjetischen Offizier als Chefredakteur geleitet). Sie hielten somit Geiselerschießungen selbst in diesem so ungewöhnlich hohen Verhältnis von 50:1 durchaus für vereinbar mit dem Kriegs- und Völkerrecht. Warum also klagen sie Erich von Manstein an, warum saßen sie in Nürnberg am Richtertisch? —

Fass—

60 Millionen DM für Berlin

nf. Berlin, 22. November.

Nachdem die Länder-Finanzminister ursprünglich nur 37 Mill. DM als monatliche Hilfe für Berlin vorgesehen hatten, konnte der Berliner Oberbürgermeister, Professor Reuter, am Montag nach seiner Rückkehr aus Bonn bekanntgeben, daß die Bundesregierung monatlich 60 Millionen DM als Finanzhilfe für Berlin gewähren werde. Prof. Reuter gab ferner bekannt, daß die Hohen Kommissare die Kreditgrenze des Berliner Haushaltsjahres um 115 Millionen DM erhöht hätten. Damit entfallen auf jeden der fünf restlichen Monate 23 Millionen DM.

Der Schilling erneut abgewertet

dp. Wien, 21 November

Die seit langem erwartete Abwertung des österreichischen Schillings ist am Montag erfolgt. Für den Schilling wurden drei neue Wechselkurse festgesetzt: Ein Grundwechselkurs von 14,40 Schilling, einen Zwischenkurs von 21,36 und ein Vorzugskurs von 26 Schilling für einen Dollar. Der bisherige Kurs betrug 10 Schilling für einen Dollar.

Die Seite der Heimat

Halver, 22. November 1949

Mag auch die Nase weinen ...

Der Schnupfen ist ein notw[illegible]ges Uebel. Man hat ihn oder er hat uns. Er ist ein Symptom der Uebergangszeit. Zu rühmen bleibt seine soziale Einstellung. Er macht keinen Unterschied der Klasse oder des Geldbeutels. Er sucht sich seine Bazillenträger in allen Kreisen. Zweimal im Jahre hat mich der Schnupfen. Wenn er einmal ausbliebe, würde mir etwas fehlen, und ich müßte einen Arzt konsultieren ...

Es gibt verschiedene Behandlungsmethoden. Du magst ihn ignorieren. Deswegen brauchst du nicht weniger Schnupftücher. Meine Großmutter, nicht allzu sehr auf ärztliche Kunst bauend, sah nur zwei Möglichkeiten: Gehst du zum Arzt, dann ist der Schnupfen in acht Tagen weg. Tust du nichts dagegen, so braucht der Schnupfen eine Woche. Unterdes läuft die Nase wie ein Brünnlein. Alle Mittel der Hausapotheke, vom Menthol bis zum Kognak, wollen nicht helfen. Das Geruchsempfangsgerät tröpfelt unentwegt.

Ich glaube, ich habe das perpetuum mobile in der Nase. Es dreht sich nur noch um die Umwandlung des Gefälles in Kraft. Wenn das gelingt, habe ich einen Hilfsmotor für Fußgänger erfunden, nach dem Fallstromprinzip arbeitend und ohne Berufsstörung zu benützen.

Meine Umgebung sieht es mir an und respektiert, daß ich verschnupft bin. Ohne Taschentücher bin ich hilflos. Meine schriftlichen Arbeiten bringe ich nur noch zu Fließpapier, des flüssigen Stils wegen. Es tritt mir niemand zu nahe. Selbst Gerichtsvollzieher meiden meine Nähe, und die besten Freunde hält Bazillenfurcht ab, mich anzuläuten. Wenn sie sich erkundigen, wie es mir geht, kann ich ihnen versichern: „Ich habe laufend zu tun."

Leider fehlt es an Abnehmern für dieses laufende Geschäft. fm.

Halver

Wieder drei Rußlandheimkehrer

In den letzten Tagen kehrten aus russischer Kriegsgefangenschaft 3 Kriegsgefangene zurück: Alfons Jarosch, Glörfeld (Ostvertriebener), Fritz Kniffka, Halver (Ostvertriebener) und Herbert Schwalizischefski aus Ober-Carthausen. Wir entbieten diesen Heimkehrern ebenfalls ein herzliches Willkommen in der Heimat.

Ausschüttung der Hausratshilfe

Die Bearbeitung der Soforthilfe durch die zuständigen Stellen der hiesigen Amtsverwaltung läuft auf vollen Touren. Die Bearbeitung der Anträge auf Hausratshilfe, die für die erste Ausschüttung in Frage kommen, werden in den nächsten Tagen abgeschlossen. Leider sind auch in diesem Falle die Mittel sehr begrenzt, denn von den 120 Millionen, die vom Bundestag genehmigt worden sind, fließt nur ein spärlicher Teil zu den unteren Stellen. Für den Amtsbezirk Halver kommen vorerst von etwa 1000 Anträgen 92 zur Ausschüttung, die weiteren Anträge werden nach und nach bearbeitet. Hoffen wir, daß jeder, der einen berechtigten Antrag gestellt hat, bei der Ausschüttung der weiteren Mittel bedacht werden kann.

Berichtigung

In der gestrigen Ausgabe unserer Zeitung ist in den Bericht „Totengedenktag in Halver" ein kleiner Druckfehler eingeschlichen. Die Leitung des Gesamtchores auf dem Friedhof lag selbstverständlich in den Händen von Lehrer Kurtze, nicht Lehrer Knoche.

Der Film der Woche

„Hallo — Sie haben Ihre Frau vergessen!" singt mit mahnend-tiefer Stimme Heli Finkenzeller im Bar-Milieu nach einer Melodie von Herbert Jarczyk. Die beanstandeten Herren der Schöpfung spielen launig Willy Fritsch und Rolf Weih. Ihre übersehenen Weiblichkeiten, die weder ihrem Charme noch ihrer reizvollen Erscheinung nach das traurige Los häuslicher Mauerblümchen verdienen, sind flitterwochen-verliebt Hannelore Schroth und fraulich Leny Marenbach. Jessie Vihrogs kesses Mundwerk kann nicht verhindern, daß die kühle Barschlange zuguterletzt ihr goldenes, warmes Herz entdeckt. Die Vergeßlichen und Vergessenen finden happyendend wieder zu einander . . . Es ist ein immerhin erfreulicher Versuch, die bisherige thematische Enge des neuen deutschen Films zu sprengen. Dieser Film läuft Mittwoch und Donnerstag in den Lichtspielen Karlshöhe.

Schallzeichen an Fahrrädern

Die Polizeiverwaltung teilt mit: Fahrräder müssen mit einer helltönenden Glocke versehen sein (§ 21 der Straßenverkehrsordnung). Die Verwendung anderer Signalinstrumente wie Autohupen, Laufglocken und vor allem Sirenen ist unstatthaft und strafbar. Die in letzter Zeit in den Handel gekommenen Sirenen dürfen demnach an Fahrrädern n i c h t angebracht werden. Die Polizeibeamten sind angewiesen worden, derartige Instrumente wegzunehmen und sicherzustellen. Da fast nur Jugendliche gegen diese Vorschriften verstoßen, so werden die Eltern und Erziehungsberechtigten gebeten, selbst darüber zu wachen, daß vorschriftsmäßige Schallzeichen verwendet werden.

Eine Stellungnahme zur Pflichtarbeit

Das Arbeitsamt Lüdenscheid nimmt wie folgt hierzu Stellung

Während der Arbeitslosigkeit können Empfänger von Arbeitslosenfürsorgeunterstützung (nicht Anspruchsberechtigte auf Arbeitslosenunterstützung) in Pflichtarbeit eingewiesen werden. Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) sieht vor, daß Pflichtarbeit zur Erhaltung der Arbeitskraft, zur Wiedergewöhnung an regelmäßige Arbeit und zur Prüfung des Arbeitswillens zugemutet werden kann. Pflichtarbeiten können nur gemeinnützige und zusätzliche Arbeiten sein, die nicht Einzelpersonen zugute kommen. Deshalb kommen als Träger dieser Maßnahmen nur Behörden und gemeinnützige Verbände in Betracht. Die Pflichtarbeit darf höchstens 24 Stunden in der Woche und längstens 6 Wochen für den Unterstützungsempfänger dauern. Der Pflichtarbeiter darf höchstens 0,24 DM pro Stunde erhalten, die er ohne Anrechnung auf seine Unterstützung erhält. Die Ablehnung von Pflichtarbeit hat nur dann einen Einfluß auf die Zahlung der Arbeitslosenfürsorgeunterstützung, wenn sie dem Unterstützungsempfänger nach seiner körperlichen Verfassung (was ggfls. ein Amtsarzt feststellen muß), zugemutet werden kann. Die von den Gemeinden beantragten Pflichtarbeiter werden vom Arbeitsamt nach den Bestimmungen des Gesetzes zugewiesen, woraus ersichtlich ist, daß die Träger von Pflichtarbeiten auf die Auswahl der Pflichtarbeiter keinen Einfluß haben. Im allgemeinen wird von den Arbeitslosenfürsorgeempfängern z. Zt. die Pflichtarbeit nicht als Pflicht, sondern als eine Möglichkeit angesehen, sich zusätzlich zur Unterstützung einen geringen Verdienst zu erwerben. Denn alle anderen Einkommen der Arbeitslosen unterliegen der Anzeigepflicht und werden auf die Unterstüzung angerechnet.

Hier steht ein Wagen aus Berlin

Streifzug durch die heutige Kennzeichnung der Kraftfahrzeuge

Kürzlich parkten aus irgendeinem besonderen Grunde mehrere Kraftfahrzeuge aus mehreren Himmelsrichtungen friedlich hintereinander auf dem Marktplatz vor dem Haus zur Fuhr in Halver. Eine Gruppe Kinder war dabei, die Fahrzeuge nach ihrem Heimatort zu enträtseln. Das ist gar nicht so schwer, wie es zuerst aussieht und auf jeden Fall erheblich leichter als bei den Kraftfahrzeugkennzeichen der Vorkriegszeit.

Da jede Besatzungszone auf dem Autonummernschild mit ihrem Anfangsbuchstaben gekennzeichnet ist, weiß man sofort, daß A = Amerikanische Zone, B = Britische Zone, F = Französische Zone und S = Sowjetische Zone zu bedeuten hat. Daneben steht der Anfangsbuchstabe der Landesteile (Provinzen), um die engere Heimat des Fahrzeuges zu kennzeichnen. Unter Voransatz des Zonenzeichens sind es in der Amerikanischen und Britischen Zone: AH = Hessen, AB = Bayern, AW = Württemberg, AE = Enklave Bremen, BS = Schleswig-Holstein, BH = Hamburg, BN = Niedersachsen, BR = Nordrhein-Westfalen.

Die Französische Zone hat kurioserweise auch ein Kennzeichen mit drei Buchstaben, und zwar für den kleinen Bezirk Lindau in Bayern, die als Enklave das Zeichen FBy führt. Die übrigen Kennzeichen sind FR = Rheinland-Pfalz, FB = Baden und FW für Württemberg-Hohenzollern.

Die Nummernschilder in der Sowjetzone sind, im Gegensatz zu den schwarzen Schildern Westdeutschlands, in weiß mit schwarzer Beschriftung gehalten. Folgende Abkürzungen sind unschwer zu entziffern: SB = Brandenburg, ST — Thüringen, SM = Mecklenburg. Nicht sofort erkennbar sind die Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt. Um parteipolitische Irrtümer auszuschließen, wählte man anstatt der Abkürzungen „SS" für das Land Sachsen die Buchstaben SL und für das mitteldeutsche Gebiet Sachsen-Anhalt anstatt „SA" das Zeichen SN.

Eine Sonderstellung nimmt die Viersektorenstadt Berlin ein. Bis zum Blockadebeginn war hier das Zeichen „KB" in allen Sektoren üblich, während heute der Ostsektor das Kennzeichen „GB" führt, woraus der Berliner Volksmund gleich „Klein-Berlin" und „Groß-Berlin" machte. Von diesem Volkshumor hatte auch schon ein Junge der eingangs erwähnten Kinder gehört, und deshalb setzte er sich ganz energisch mit seiner Behauptung durch: „Dort steht ein Wagen aus Berlin".

Für Behördenfahrzeuge (Verkehr, Post, Bahn, Regierung) wurden in allen vier Besatzungszonen die Schlüsselnummern 00 bis 20 gewählt. Damit ist unser Streifzug durch die heutigen Kraftfahrzeug-Kennzeichen beendet.

Da die jetzige Kennzeichnung beibehalten wird, lohnt es sich, sich mit den „Autonummern" wieder vertraut zu machen.

Lebensmittelversorgung

1. Fett statt Butter. Nach Mitteilung des Landesernährungsamtes läßt es die Butterversorgungslage leider nicht zu, daß über die auf Abschnitt „Butter 1" bereits aufgerufenen 125 g Butter hinaus in diesem Monat noch eine weitere Butterzuteilung erfolgt. Zum Ausgleich ist der Abschnitt „Butter 2" der Lebensmittelkarte 11 mit 100 g Schmalz (oder nach Wahl des Verbrauchers mit 125 g Margarine oder 100 g Speiseöl oder Plattenfest) zu beliefern. Die Abschnitte „Butter 2" sind von den Kleinverteilern getrennt von anderen Butter- und Fettabschnitten aufzukleben und abzurechnen und werden gegen Bezugscheine über Handelsfette umgetauscht. Die Abschnitte „Butter 2" dürfen nicht mit Butter beliefert und auf Bezugscheine über Butter angerechnet werden.

2. Reis. Für November 1949 sollen die Nährmittelabschnitte N 2 der Karten 11, 21, 31 und N 7 der Karten 14, 24, 34 mit Reis beliefert werden. Die Kleinverteiler erhalten, soweit sie die frühere Reisverteilung abgeliefert haben, bis Ende dieser Woche Bezugscheine über Reis, die vom Großhandel nach dem 21. November beliefert werden. Nach Eingang der Ware können 250 g auf jeden der angegebenen Abschnitte vom Einzelhandel abgegeben werden.

Da die dem Amtsbezirk Halver zugeteilte Reismenge nach der Einwohnerzahl festgesetzt ist, so können die den Kleinverteilern zugeteilten Bezugscheinmengen nicht überschritten oder geändert und auch zusätzliche Bezugscheine nicht erteilt werden. Auch erhalten nach der Anweisung des Landesernährungsamtes die Klein- und Großverteiler keinen Schwund. Die Kleinverteiler müssen die belieferten Bezugsabschnitte demnächst abrechnen; wer nicht ordnungsmäßig abrechnet, kann bei einer weiteren Zuteilung nicht berücksichtigt werden.

In Schalksmühle notiert ....

Einweihung der kath. Kirche in Schalksmühle

Die kath. Kirchengemeinde Schalksmühle hatte am letzten Sonnabend, wie bereits kurz berichtet, einen denkwürdigen Tag. Seit etlichen Jahren wurden die Gottesdienste in der ev. Kirche abgehalten. Dadurch entwickelte sich verständlicherweise ein Drang nach Selbständigkeit auch in dieser Beziehung. Eine Lösung dieser Frage, die allerdings auch nur als Uebergang zu betrachten ist, wurde nunmehr durch die Mietung des Kriegeskorteschen Saales an der Volmestraße gefunden. Der genannte Saal diente nach dem Kriege einer Hagener Eisen-Firma als Büro und Lagerraum. Nachdem diese wieder nach Hagen übersiedeln konnte, bot sich für die Schalksmühler katholische Kirchengemeinde ein geeigneter Raum zur Abhaltung ihrer Gottesdienste. Nach entsprechender Umgestaltung und Renovierung fand eine kurze Feier als Einweihung statt. Außer einer sehr großen Zahl der Gemeindeglieder nahmen Vertreter der kirchlichen und politischen Gemeinden teil. Mit einem gemeinsam gesungenen Lied und einem Gebet ergriff Vikar Becker das Wort zur Begrüßung an alle Anwesenden. Besondere Worte des Dankes richtete Vikar Becker an die evangelische Kirchengemeinde in Schalksmühle, die seit Ostern 1945 die Kirche zu den Gottesdiensten bereitwilligst zur Verfügung stellte. Alsdann ging der feierliche Akt der Einweihung vor sich, die der Cäcilien-Chor mit dem Vortrag von Sanctus von Schubert stimmungsvoll untermalte. Für die evangelische Kirchengemeinde sprach Pastor Grosse-Oetringhaus die besten Wünsche aus und beglückwünschte die katholische Kirchengemeinde zu ihrem Heim. Für die politischen Gemeinden brachten die Glückwünsche, für die Gemeinde Schalksmühle Bürgermeister Brune und für die Gemeinde Hülscheid Bürgermeister Weyland, dar. Mit einem Gebet fand die Feierstunde ihr Ende.

Ein Heimatabend mit den Ostvertriebenen

Ein wunderbarer Heimatabend war am letzten Sonnabend von der Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen in der Turnhalle aufgezogen worden, woran alle Ostvertriebenen, aber auch viele Einheimischen sich eingefunden hatten. Daneben waren der Bürgermeister nebst Gemeindeverwaltung so auch die Geistlichkeit erschienen. So war man zusammengekommen, um einen echten schlesischen Heimatabend gemeinsam mit der Schalksmühler Bevölkerung zu verleben. Vorsitzender Szanulla begrüßte die Erschienenen und stellte einen interessanten Abend in Aussicht. Der Vortragende „Helmut Niepel" berichtete über das schöne Schlesierland und seine Bewohner. Danach gab es Bild auf Bild auf der weißen Leinwand von den Klein- und Mittelstädten Schlesiens angefangen bis zu den wunderbaren Schlössern, Rathäusern und Kirchen. Dann zu den teilweise alpinen Bergen, dem Riesengebirge mit der Schneekoppe in Verbindung mit der uralten Sage des „Rübezahl" und weiter zeigten sich die berühmten Badeorte und das nicht zu unterschätzende Industriegebiet. Der Vortragende ging mit seinen Bildern und seinem Vortrage auf alle weiteren schlesischen Einzelheiten ein und verstand es auch die Schalksmühler für das Schlesierland zu begeistern. Umrahmt wurde der Abend von Vorträgen der Jugendgruppe der Ostvertriebenen Schalksmühle/Hülscheid. Bürgermeister Brune dankte den Veranstaltern und Mitwirkenden für den sehr schönen Heimatabend und erhoffte und wünschte weitere gedeihliche und harmonische Zusammenarbeit für alle Bevölkerungsteile.

Wir gratulieren

Silberne Hochzeit feierten die Eheleute Fabrikant Hermann K r ä g e l o h und Frau Anneliese geb. Huiking, Flaßkamp bei Schalksmühle.

Oberbrügge / Ehringhausen

Kaninchenzüchter stellten aus

Daß dem Kaninchenzüchter heute wieder alle Wege freigegeben und der Liebhaberzüchtung sämtliche Tore geöffnet sind, bewies die am Sonnabend und Sonntag vom Kaninchenzüchterverein Oberbrügge veranstaltete Kaninchenschau, verbunden mit einer Angora-Sonderschau. Die Ausstellung war von den Vereinen Oberbrügge, Kierspe und Lüdenscheid beschickt. Reinen Liebhaberrassen, die teilweise sehr gute Zuchtleistungen erbrachten, standen die Wirtschaftsrassen: Chinchilla, Japaner, Blaue Wiener, Marburger Feh, Schwarzloh und Gelbsilber gegenüber. Jedoch stellten die Angora den Hauptanteil dieser Ausstellung. Wenn man hört, daß ein Tier jährlich 500—600 g Wolle liefert, so ist der Wert dieser Zuchtarbeit zu verstehen. Von den Preisrichtern H o b e i n und J u n k e r aus Hohenlimburg konnten folgende Prämiierungen vorgenommen werden: K a r l E n s k a t auf Angora 1,1 Landesverbandsmedaille, 1, 2 Wanderpreis und 3× den I. und Ehrenpreis und Ehrenpreis mit Zuschlag; E r i c h B r e m i c k e r auf Angora 2× Ehrenpreis und 1 mal mit Zuschlag; Paul K r u g m a n n auf Angora Ehrenpreis; T w e e r, Lüdenscheid, auf Angora Ehrenpreis und F o r d, Lüdenscheid, Ehrenpreis mit Zuschlag.

Von den Wirtschaftsrassen wurden S c h l a b a c h (Japaner und Chinchilla), W e h r h a h n (Marburger Feh), B r e m i c k e r (Schwarzloh), H u x o h l und L e c h (Gelbsilber) sowie N e t t (Blaue Wiener) prämiiert.

Besondere Beachtung und Anerkennung fand eine angeschlossene Ausstellung selbstgefertigter Bekleidungsstücke aus Angorawolle.

Die Kreisverbandsausstellung am kommenden Sonntag in Kierspe soll ebenfalls von dem Verein mit einer Anzahl von Tieren beschickt werden.

Kierspe

40jähriges Arbeitsjubiläum

Am 22. November konnte Wilhelm H e s m e r t auf eine 40jährige Tätigkeit bei der Firma Dr. Deisting & Co., GmbH., zurückblicken.

Als der Jubilar vor vier Jahrzehnten seine Arbeit bei der vorgenannten Firma aufnahm, erwarb er sich schon bald das Vertrauen seiner Vorgesetzten. Er wurde zunächst Tischmeister und stand später jahrzehntelang dem Montiersaal als Meister vor. Seit einiger Zeit liegt die Leitung der Firnisserei in seinen Händen. Dem allseits beliebten Jubilar wurden von der Firma und von seinen Mitarbeitern Ehrengeschenke überreicht.

Das Evangelische Hilfswerk

zeigte am vergangenen Sonntag abend in der Kirche durch die Filme „Schaffende in Not" und „Dortmund 1947" einen Ausschnitt aus seiner Arbeit. Die beiden Filmstreifen wiesen auf die vielfachen Nöte unserer Tage hin und ließen das segensreiche Wirken des Evangelischen Hilfswerkes deutlich werden. — Ferner gelangten zur Aufführung „Rettung aus Seenot", außerdem ein Film über das Treiben und Fangen der Pferdeherden in den asiatischen Steppen und ein Bildstreifen über ein Jugendferienlager auf Spiekeroog. Diese letzten Filme sprachen vor allem unsere Jugend an. Dr. Zeitler vom Evang. Hilfswerk Dortmund versah die Vorführungen mit begrüßenswerten Erläuterungen.

Totengedenkfeier

Am Totensonntag hatte sich eine vielköpfige andächtige Gemeinde zu einer Totengedenkfeier auf dem Friedhof versammelt. Nach einleitenden Vorträgen des Posaunenchores und einem gemeinschaftlich gesungenen Lied las Pastor Stamm Worte aus der Heiligen Schrift, die durch das „Sanktus" vom MGV „Sängerbund" und das „Ave verum" vom Volkschor umrahmt wurden. Seiner Predigt legte Pastor Stamm sodann die Apostelworte zugrunde: „Wir haben hier keine bleibende Statt, aber die zukünftige suchen wir." Nach Gedenkworten für die Toten beantworteten seine Ausführungen die Frage, ob der Tod des Menschen Freund, sein Feind oder aber das Ende allen Lebens bedeute, dahingehend, daß Christus der Weg sei, der den Tod zu einem Heimgehen in die ewige Heimat wandle. Anschließend brachte der MGV „Sängerbund" die Motette von Nägeli zu Gehör. Es folgte ein gemeinschaftlicher Gesang. Mit dem „Vater unser" fand die Feierstunde ihren Abschluß.

Eine Hausmusik-Stunde

veranstaltete eine Mittelstufenklasse der hiesigen Volksschule unter Leitung ihrer Lehrerin Fräulein Kuhbier. Die Kinder boten den zahlreich erschienenen Eltern eine schöne Feier und zeigten sich sowohl als Solisten als auch als Chorsänger. Alle Vorträge verrieten eine liebevolle Arbeit und überraschten durch melodische und auch dynamische Feinheiten in der Wiedergabe. Herzlicher Beifall belohnte die junge begeisterte Schar.

Männerabend der Evangelischen Kirchengemeinde Kierspe.

Der nächste Männerabend der Evangelischen Kirchengemeinde Kierspe findet am Montag-Abend, dem 28. November, um 20.30 Uhr im Jugendheim am Ebenstück statt. Als Sprecher für diesen Abend konnte Pastor Schmidt aus Meinerzhagen gewonnen werden. Alle Männer unserer Gemeinde sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

Kierspe-Bahnhof

Geflügelausstellung in der Schnörrenbach

In dem Saal der Schnörrenbach fand am 19. und 20 November die Geflügelausstellung der beiden Vereine Kierspe-Bahnhof und Meinerzhagen statt. Besondere Bedeutung erhielt diese Ausstellung dadurch, daß, die Jugendgruppe des Vereins Kierspe-Bahnhof zum erstenmal an die Öffentlichkeit trat. Es ist ein erfreuliches Zeichen, wenn Jugendliche früh mit der Rassegeflügelzucht Verbindung bekommen. Ihre Vorliebe für Zwerge und Tauben kam in der Schau zum Ausdruck. Die Jugendlichen Züchter Gebr. K e u n e, S c h l i e k, H o l t h a u s und O t t o konnten mit Preisen bedacht werden. Die vielseitige Ausstellung wies 206 Nummern auf. Die Preisrichter B ö h l e f e l d und K a m p h a u s e n konnten 20 Ehrenpreise vergeben: Rhodeländer, Silberwyandotten, Barnefelder, rebhuhnfarbige, goldfarbige, silberfarbige und schwarzscheckige Italiener, Rheinländer, Silberbrakel, Leghorn und Zwerge, wie Reichshühner, goldfarbige und schwarze Wyandotten. Auch bei den alten Züchtern fehlten die niedlichen Tauben nicht. Feine Zwergkröpfer, Schautauben und Samtschilden erhielten Ehrenpreise. Die Ausstellung wurde vom Amtsdirektor T i s k a eröffnet, der im Auftrage der Amtsverwaltung einen namhaften Betrag zur Unterstützung der Zucht übermittelte. Der Kreisverbandsvorsitzende D a h l h a u s überbrachte Grüße des Kreisverbandes und richtete besondere Worte der Anerkennung an die Jugendgruppe. Den Landesverbandsehrenpreis erhielt K e u n e auf Rhodeländer und B o r l i n g h a u s auf rebhuhnfarbige Italiener. D.

Silbernes Ehejubiläum

Die Eheleute Kaufmann Alfred Prüschenk und Frau Clara geb. Kemper in Wildenkuhlen können heute auf einen 25jährigen, glücklichen Ehebund zurückblicken. Herzlichen Glückwunsch!